



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Finanzausschuss
- L 213 -

Kiel, 28. Oktober 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1145
(0431) 5300 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Finanzausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*59. Sitzung des **Finanzausschusses***

*am Donnerstag, dem 27. Oktober 2011 ,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Das Aktenvorlagebegehren der Fraktion DIE LINKE zum Thema **Partikeltherapiezentrum**, Umdruck 17/2910, fand die erforderliche Unterstützung.

Der Finanzausschuss empfahl dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, zum **Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz**, Drucksache 17/1868, am 23. November 2011 eine mündliche Anhörung durchzuführen; Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin des Innen- und Rechtsausschusses bis zum 4. November 2011 benannt werden. Die Landesregierung wurde gebeten, den Ausschüssen die zum Referentenentwurf eingeholten Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl der Ausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, den SSW-Antrag **Kostendeckende Gebühren zur Lebensmittelüberwachung einführen**, Drucksache 17/684, in geänderter Fassung abzulehnen.

Gegen die Stimme der LINKEN empfahl der Ausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, den **Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE zur kostenfreien Schülerbeförderung**, Drucksache 17/1715, ebenfalls abzulehnen.

Der Finanzausschuss bat den Europaausschuss, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten**, Drucksache 17/1860 Ziffer 1, zu beraten und dem Finanzausschuss ein Votum zuzuleiten.

Weiter empfahl der Finanzausschuss, den Bericht der Landesregierung **Neue Wege - neue Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf**, Drucksache 17/1695, und den **4. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung**, Drucksache 17/1799, zur Kenntnis zu nehmen.

Die Beratung über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Kostenübernahme für Gebärdendolmetschung/Landesbeihilfeverordnung**, Drucksache 17/1767, und die Kleine An-

frage von Abg. Heinold **Veranstaltungen der Landesregierung**, Drucksache 17/1908, wurde auf die nächste Sitzung am 10. November 2011 vertagt.

Außerdem nahm der Finanzausschuss eine Reihe von Umdrucken zur Kenntnis, darunter den **Haushaltsbericht über das dritte Quartal 2011, Sachstandsbericht über den angekündigten Aufgabenabbau bei der Landespolizei und Bericht über die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung**, Umdrucke 17/2727, 17/2703 und 17/2700.

Die **Sitzungstermine** des Finanzausschusses im ersten Halbjahr **2012**, Umdruck 17/2849, wurden einstimmig gebilligt.

Am 3. November 2011 tagt die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung. Die nächste **Finanzausschusssitzung** findet am **10. November 2011** statt.

Schluss: 11:50 Uhr

gez. Ole Schmidt